

Einleitung

Die Kontingenz der Politik und die Prekarität der Demokratie

Politische und soziale Ordnungen sind ebenso wie kollektive und individuelle Identitäten in zahlreichen sozialwissenschaftlichen und philosophischen Beschreibungen der letzten Jahrzehnte als kontingent beschrieben worden (vgl. Rorty 1992; Butler/Laclau/Žižek 2000). Oliver Marchart hält deshalb sogar fest, Kontingenz gehöre »zu den Schlüsselbegriffen gegenwärtiger sozialwissenschaftlicher Theoriebildung« (Marchart 2019, 572). Insbesondere in kritischen Theorien des Politischen und Theorien radikaler Demokratie wird Kontingenz dabei in einen konstitutiven Zusammenhang mit Demokratie gebracht (vgl. Flügel-Martinsen 2020, Kap. 2). Jacques Rancière unterstreicht so in einer vielzitierten Wendung, dass die »Grundlegung der Politik [...] die Abwesenheit eines Grundes, die reine Kontingenz aller gesellschaftlichen Ordnung« (Rancière 2002, 28) sei und denkt im Anschluss an diese Überlegung demokratische Politik als eine Weltgestaltung, die erst durch die Kontingenz politischer Ordnungen möglich wird.

Kontingenz ist in diesen Zusammenhängen auf den ersten Blick positiv konnotiert, ja geradezu emphatisch aufgeladen: Sie lässt gleichsam immer die Möglichkeit emanzipatorischer Politiken durchscheinen, weil wir gerade dadurch, dass unsere politischen Ordnungen nicht fest verdrahtet sind, über ihre Exklusions-, Unterdrückungs- und Ausbeutungsstrukturen hinausgehen können. Kontingenz scheint so das Versprechen einer besseren Zukunft bereitzuhalten und eine demokratische Politik der Weltneugestaltung wäre dann der Weg dorthin. Für dieses Bild sprechen die Erfolge vieler Emanzipationsbewegungen, die unsere Welt umgestaltet haben. Demokratische Emanzipationspolitik kann neue Weltordnungen hervorbringen.

Dass Kontingenz demokratische Emanzipationspolitiken möglich macht, heißt aber keineswegs, dass sie das zwangsläufig tut, ja dass es auch nur wahrscheinlich ist. Claude Lefort hat schon früh und nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die Auflösung von Gewissheit auch als eine Verlusterfahrung spürbar wird, die häufig gerade nicht demokratische, sondern autoritäre Reaktionen hervorruft (vgl. Lefort 2007). Kontingenz und Demokratie sind demnach in dem Sinne miteinander verbunden, dass Kontingenz überhaupt erst den Gestaltungsraum ermöglicht, dessen demokratische Politiken bedürfen, um neue Perspektiven zu eröffnen. Gleichzeitig kann der Verlust der Gewissheit aber auch eine Sehnsucht nach Fülle und Gewissheit auslösen (vgl. Lefort 2007), die autoritäre Politiken zu erfüllen versprechen. Die gegenwärtigen Erfolge rechtsautoritärer Bewegungen sind so betrachtet weder ein Novum noch ungewöhnlich. Seit den konterrevolutionären und monarchistischen Reaktionen auf die egalitären Emanzipationspolitiken der politischen Reform- und Revolutionsbestrebungen des 18. und 19. Jahrhunderts sind autoritäre, antidemokratische politische Bewegungen stets die Kehrseite demokratischer Bestrebungen gewesen. Dem Versprechen auf eine gestaltbare Zukunft korrespondiert dabei nicht nur die Sorge vor einer als bedrohlich empfundenen Ungewissheit, sondern auch eine Furcht vor dem Verlust bisheriger Privilegien. Diese Deklassierungsangst ist das gemeinsame Band, das die konterrevolutionären Kreise des 18. und 19. Jahrhunderts mit den nationalistischen, sexistischen und rassistischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts und der Gegenwart verbindet: Sie alle lassen sich als Versuche der Kontingenzabwehr verstehen, obwohl sie, näher betrachtet, ebenfalls erst durch die kontingente Verfasstheit politischer und sozialer Ordnungen möglich werden. Letztlich steht auch ihnen eine Umgestaltung der Welt offen, weil unsere Welt keine feste normative, soziale und politische Ordnung hat. Reaktionäre Bewegungen stellen, anders als sie es selbst häufig suggerieren, keine ursprüngliche Ordnung wieder her, da es eine solche gar nicht gibt, sondern sie erzeugen ebenfalls neue, in diesem Fall exkludierende Ordnungen. Das Narrativ der Wiederherstellung einer ursprünglichen Ordnung übernimmt dennoch eine wichtige Rolle in den hegemonialen Kämpfen rechtsautoritärer Bewegungen, denn es eröffnet ihnen einen Bezugspunkt, der die essentialistischen Identitätspolitik begünstigt, die ihre politischen Bestrebungen antreiben.

Der Aussicht auf Emanzipationspolitiken steht so die Bedrohung einer autoritären Umgestaltung gegenüber. Die Kontingenz, die Demo-

kratie überhaupt erst ermöglicht, kann immer auch in ihren Niedergang umschlagen. Vor allem, wenn sich Krisen vervielfältigen und der Blick auf die Zukunft für immer mehr Menschen das Verheißungsvolle verliert und ins Bedrohliche wechselt, wie es gegenwärtig augenscheinlich der Fall ist, scheint sich das Pendel von der Möglichkeit demokratischer Politik besonders leicht zur Versuchung des Autoritarismus zu bewegen.

Zudem sind die Voraussetzungen demokratischer Politik anspruchsvoll und auch deshalb immer prekär. Demokratische Gleichheit ist keineswegs ein feststehendes Faktum. Die konservative Kritik etwa eines Edmund Burke hat durchaus einen Punkt, wenn sie unterstreicht, dass Menschen nicht gleich sind (vgl. Burke 2011). Daraus folgt aber nicht, wie es konservative und in extremer Form dann nationalistische, rassistische und sexistische politische Bewegungen behaupten, dass wir unterschiedliche Rechte haben oder es gar natürliche und unüberwindbare Unterschiede zwischen uns gibt, die solchen unterschiedlichen Rechten Legitimität verleihen. Wie Hannah Arendt herausstellt, werden wir zwar nicht als Gleiche geboren, können aber dann Gleiche werden, wenn wir uns als Gleiche anerkennen (vgl. Arendt 2011, 404). Unsere Gleichheit ist deshalb keine Gegebenheit, sondern das Ergebnis politischer Kämpfe um Gleichheit in einer gestaltungsoffenen Welt, in der sich in diesen politischen Auseinandersetzungen immer auch Politiken der hierarchischen und exkludierenden Ungleichheit durchsetzen können – und dies historisch auf oftmals schmerzhaft und gewaltsame Weise auch getan haben. Zudem können sich solche Ungleichheitspolitiken auch in das Gewand identitärer Gleichheitsvorstellungen kleiden (vgl. Rosanvallon 2013, 159–194) – mit solchen exkludierenden Gleichheitsvorstellungen, wie sie uns etwa in Form nationalistischer oder rassistischer Identitätskonstruktionen begegnen, wird Gleichheit selbst zum Bezugspunkt essentialistischer Ungleichheitspolitiken. Im Anschluss an Hannah Arendts konstitutiv pluralistische Lesart von Politik (vgl. Arendt 2003, 10–11) geht es daher um die Perspektive einer nichtidentitären demokratischen Gleichheit, in der sich demokratisch Gleiche immer auch als Verschiedene gegenüber treten, die verschieden bleiben und sich trotzdem als Gleiche verstehen können.

Es wäre aber eine Illusion, zu glauben, dass sich gleiche Rechte auf irgendeinem Weg dauerhaft absichern lassen. Das derzeitige Entsetzen über immer offener auftretende rechtsautoritäre Politiken der Ungleichheit ist sicherlich auch dem Umstand geschuldet, dass die

Institutionenordnung des demokratischen Rechtsstaats das Versprechen zu verkörpern scheint, der demokratischen Gleichheit eine feste Grundlage geben zu können. Viele Diskurse in der normativen Demokratietheorie des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts haben sich, wie es etwa in Rawls' Vorstellung eines liberalen Konstitutionalismus (vgl. Rawls 2006) oder in Habermas' deliberativer Demokratietheorie (vgl. Habermas 1994) der Fall war, im Glauben an eine solche Möglichkeit intensiv mit der Frage beschäftigt, wie genau eine solche normative Ordnung des demokratischen Rechtsstaats beschaffen sein muss, um etwa Gleichheits- und Freiheitsrechte angemessen auszu-tarieren. Angesichts der gegenwärtigen grundlegenden Bedrohungen demokratisch-pluralistischer Institutionen und Praktiken durch rechts-autoritäre Bewegungen wirken solche Versuche mit dem Abstand von nur einigen Jahren eigentümlich aus der Zeit gefallen. Hier ist der von Autoren wie Claude Lefort oder, im Anschluss an Lefort, auch von Pierre Rosanvallon formulierte Hinweis wichtig, dass Demokratien nie einfach nur als Institutionen- oder Normgefüge zu verstehen sind,¹ sondern wir Demokratie immer auch als Gesellschaftsform begreifen müssen (vgl. Rosanvallon 2016, 29–31) – und zwar als eine Gesellschaftsform, die sich letztlich nicht absichern lässt. Mit Lefort gesprochen bleibt Demokratie deshalb ein Abenteuer, das immer auch scheitern kann (vgl. Flügel-Martinsen 2024, Kap. 8). Dieses Scheiternkönnen ist eine Dimension, die angesichts der gegenwärtigen Situation viel Aufmerksamkeit in akademischen und öffentlichen Diskursen erhält.

In der theoretischen Beschäftigung mit der derzeit besonders greifbaren Prekarität von Demokratie in einer kontingenten Welt sind nach meinem Eindruck zwei methodische Maßgaben der Philosophie Hegels von großer Bedeutung. So hält Hegel erstens in der *Phänomenologie des Geistes* fest: »Die Philosophie aber muss sich hüten, erbaulich sein zu wollen« (Hegel 1986a, 17). Wer Erbauung sucht, der hüllt, wie Hegel wenige Zeilen vor der zitierten Passage festhält, die Gedanken in Nebel und schwärmt sich leicht etwas vor. Diese Überlegungen sind auch für eine theoretische Erkundung der Prekarität von Demokratie wichtig: Eine kritische politische Theorie darf ihre kritische Zeitdiagnose (vgl. Flügel-Martinsen 2026) nicht durch die Vorgabe einschränken, immer auch

1 Das hat Habermas mit dem Hinweis auf das Erfordernis entgegenkommender Lebenswelten übrigens in einem gewissen Umfang gesehen, ohne daraus aber wirkliche Konsequenzen für seine Demokratietheorie gezogen zu haben.

konstruktiv nach neuen Lösungen suchen zu müssen. Eine nüchterne kritische Bestandsaufnahme, mag sie auch noch so desillusionierend erscheinen, ist eine wesentliche Aufgabe theoretischer Reflexion. Wenn im vorliegenden Buch das Verhältnis von Demokratie, Politischer Theorie und Kritik untersucht wird, wird deshalb eine Form negativer Kritik als eine wichtige Kritikperspektive gerade auch demokratietheoretischen Denkens verteidigt, die nicht dadurch unvollständig oder illegitim ist, weil sie sich nicht auf die Aufgabe der normativen Begründung demokratischer Modelle und Prinzipien verpflichten lässt, ja solchen Begründungsversuchen sogar skeptisch gegenübersteht. Eine solche rückhaltlos befragende und infrage stellende Kritik ist aber nicht nur für eine nur scheinbar von der demokratischen Praxis verschiedene theoretische Perspektive von Gewicht, sondern sie macht auch einen wesentlichen Zug demokratischer Praxis selbst aus.

Ist für die Studien, die in diesem Buch versammelt werden, demnach insgesamt Hegels Maßgabe wesentlich, nicht erbaulich sein zu wollen, um den reflektierenden Blick nicht durch Schwärmerei zu vernebeln, so ist darüber hinaus aber eine zweite methodische Überlegung Hegels von mindestens ebenso großer Bedeutung. Am Ende der Vorrede von Hegels *Grundlinien der Philosophie des Rechts* findet sich die berühmte Reflexion über das konstitutive Zuspätkommen der Philosophie: »Wenn die Philosophie ihr Grau in Grau, dann ist eine Gestalt des Lebens alt geworden, und mit Grau in Grau lässt sich nicht verjüngen, sondern nur erkennen; die Eule der Minerva beginnt erst mit der einbrechenden Dämmerung ihren Flug« (Hegel 1986b, 28). Diese sehr eindrückliche Passage ist in die Philosophiegeschichte als Hegels Bekenntnis zu einer Post-festum-Philosophie eingegangen, zu einer Philosophie also, die die Dinge nicht voraussehen kann, sondern ihrer erst innewird, wenn sie sich bereits weitgehend vollzogen haben. Hegels Geschichtsphilosophie hat dem insofern einen Kontrapunkt entgegengesetzt, als diese Lehre von der unvermeidlich späten Diagnose erst im Augenblick des Eintretens in eine umfassende teleologische Geschichtsphilosophie eingebettet wird, an deren Ende, so scheint es an vielen Stellen, Hegel selbst zu stehen glaubt – weshalb er in seinen *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte* selbstbewusst verkündet, das Ganze der Weltgeschichte bereits zu kennen (Hegel 1986c, 22). Ohne die Rückendeckung einer solchen teleologischen Geschichtsphilosophie, deren Standpunkt sich heute nicht nur wegen des ihr konstitutiv eingeschriebenen Eurozentrismus verbietet, lässt sich Hegels methodische Maßgabe aber

durchaus auch anders lesen und in diesem anderen Sinne ist sie eine rahmende Maßgabe für die vorliegenden Studien zu einer kritischen politischen Theorie, die die Prekarität von Demokratie, aber auch die Perspektiven emanzipatorischer demokratischer Politiken erkundet: Mag sich derzeit auch eine so massive rechtsautoritäre Bedrohung von Demokratie abzeichnen, dass die Institutionenordnungen liberaler demokratischer Rechtsstaaten – die trotz all ihrer Probleme, Spannungen, Ausschlüsse und Ungerechtigkeiten im historischen Vergleich immer noch den bislang geeignetsten Rahmen für demokratische Emanzipationspolitiken geboten haben – ernsthaft beschädigt, ja vielleicht sogar zerstört werden, so ist dieser Ausgang keineswegs klar. Wenn wir demokratische Politik als eine Kontingenzgestaltung verstehen, dann haben wir es vielmehr immer noch und weiterhin selbst in der Hand, die demokratische Auseinandersetzung fortzusetzen. Hegels Aufforderung, sich zu hüten, erbaulich sein zu wollen, müssen wir beherzigen, ohne den Mut zu verlieren. Es hilft uns dabei aber nichts, uns in die normativen Begründungen demokratischer Institutionenordnungen hineinzuschwärmen. Wir müssen die politische Gegenwart stattdessen realistisch als den Kampf um die Einrichtung unserer Welt verstehen lernen, als der er sich uns derzeit besonders schmerzhaft präsentiert. Das heißt aber gerade nicht, die Dinge verloren zu geben, sondern muss als emphatische Aufforderung verstanden werden, den Kampf aufzunehmen.

Das vorliegende Buch versammelt in teils leichter, teils stärker überarbeiteter Form Studien zur kritischen politischen Theorie, die ich in den vergangenen Jahren an verschiedenen Orten veröffentlicht habe. Ich freue mich, dass sie nun in Buchform erscheinen, da erst so ihr systematischer Zusammenhang wirklich sichtbar werden kann. Obwohl sie nun in einem gemeinsamen Buch gebündelt werden, wurde der Charakter als Einzelstudien beibehalten, die jeweils verschiedene Aspekte einer kritischen politischen Theorie und insbesondere einer kritischen Demokratietheorie ausleuchten. Die Texte können deshalb sowohl im Zusammenhang als auch einzeln gelesen werden. Damit die je einzelne Lektüre der Studien möglich bleibt, habe ich bewusst darauf verzichtet, thematische Überschneidungen zu tilgen. Bestimmte Leit motive, Thesen und Begriffe tauchen deshalb immer wieder auf, weil die Auseinandersetzung mit den behandelten Gegenständen wie beispielsweise dem Verhältnis von Theorie und Praxis, der Stellung zur Institutionen- und Normativitätstheorie, der Bedeutung von Subjektbildung, der Beziehung zu

Protest und Kontestation oder dem Verständnis von Kritik jeweils vor dem Hintergrund meiner Lesart einer kritischen Theorie des Politischen und der Demokratie geführt wird.²

Das vermutlich zentralste Leitmotiv der hier versammelten Aufsätze ist ein radikaldemokratisches Verständnis von Demokratie. Aus der Perspektive radikaler Demokratie kann Demokratie nicht auf die institutionelle Ordnung eines politischen Systems reduziert werden, denn sie bleibt immer eine prekäre Praxis, die die Kontingenz unserer politischen und sozialen Welt herauszustellen und dadurch Perspektiven einer demokratischen Emanzipationspolitik zu eröffnen vermag. Eine solche radikale Demokratietheorie unterschätzt dabei keineswegs die Bedeutung institutioneller Ordnungen (vgl. Kap. 2 und 3). Insbesondere die gegenwärtig so stark durch rechtsautoritäre Erfolge bedrohte Ordnung liberaler demokratischer Rechtsstaaten bietet ihr fraglos bessere Entfaltungsbedingungen als es in anderen politischen Ordnungen der Fall ist – vor allem in solchen autoritären Zuschnitts, in die rechtsautoritäre Parteien überall dort, wo sie in Regierungsverantwortung gekommen sind, die demokratischen Rechtsstaaten zu transformieren versuchen. Gleichzeitig sind für radikale Demokratietheorien aber zwei Einsichten von großer Bedeutung: Erstens können demokratische Praktiken nicht durch eine institutionelle Ordnung und ihre normative Begründung verlässlich abgesichert werden – sie bleiben in einer kontingenten Welt stets prekär. Und zweitens muss der demokratische Streit um die Einrichtung unserer Welt immer auch die Möglichkeit haben, die institutionelle Ordnung demokratischer Rechtsstaaten selbst kritischen Befragungen auf mögliche Ausschlüsse oder Unterdrückungsverhältnisse hin zu unterziehen. Gerade angesichts der massiven Anfeindungen der institutionellen Ordnungen liberaler demokratischer Rechtsstaaten sind diese beiden Punkte große demokratietheoretische

-
- 2 Die hier versammelten Studien setzen damit Überlegungen in unterschiedliche Richtungen fort, die ich in meinen Büchern der letzten Jahre entwickelt habe. Unter diesen Büchern sind insbesondere zu nennen: *Befragungen des Politischen* (Flügel-Martinsen 2017); *Radikale Demokratietheorien zur Einführung* (Flügel-Martinsen 2020); *Kritik der Gegenwart* (Flügel-Martinsen 2021, eine aktualisierte und vollständig überarbeitete englische Fassung erscheint parallel zu diesem Buch unter dem Titel *Critical Political Theory. Interrogating Contemporary Politics* ebenfalls im transcript Verlag, vgl. Flügel-Martinsen 2026); *Plurale Kritik* (Flügel-Martinsen 2024).

Herausforderungen, die radikale Demokratietheorien intensiv reflektieren müssen, weil sich schnell der Verdacht einstellen kann, dass ihre Betonung des kritisch-befragenden Charakters demokratischer Praktiken die gegenwärtigen rechtsautoritären Attacken auf Grundrechte verbürgende Institutionen eher noch begünstigen könnte, statt ihnen etwas entgegen zu setzen. Die Studien, die in Teil I gebündelt werden, befassen sich mit diesen *Herausforderungen und Perspektiven radikaler Demokratietheorie*. In Teil II wird dann im Anschluss daran der Bedeutung nachgegangen, die *Protest und Kontestation* in demokratischen Praktiken zukommt. Die Teile III und IV versammeln eine Reihe an Texten, die dem Verständnis und den Gegenständen von Kritik nachspüren. In Teil III wird dabei zunächst die grundsätzliche Frage nach der Beziehung von *Politischer Theorie und Kritik* aufgeworfen und die Bedeutung einer negativ befragenden Kritikform für eine demokratietheoretisch orientierte politische Theorie herausgestellt. Die beiden Studien von Teil IV weisen dann abschließend *Ausschließungen und Verdeckungen* als zwei zentrale Gegenstandsbereiche solcher kritischer Befragungsaktivitäten aus.

Mein herzlicher Dank gilt erneut Nunu Büllesbach für die große Unterstützung bei der Durchsicht und Vereinheitlichung der Texte sowie die zahlreichen klugen Kommentare, die mir bei der Überarbeitung eine wertvolle Hilfe waren.

Literatur

- Arendt, Hannah 2003, *Was ist Politik?*, München.
- Arendt, Hannah 2011, Es gibt nur ein einziges Menschenrecht, in: Menke, Christoph/Raimondi, Francesca (Hg.) 2011, *Die Revolution der Menschenrechte*, Berlin, 394–410.
- Burke, Edmund 2011, Betrachtungen über die Französische Revolution (Auszüge), in: Menke, Christoph/Raimondi, Francesca (Hg.) 2011, *Die Revolution der Menschenrechte*, Berlin, 41–53.
- Butler, Judith/Laclau, Ernesto/Žižek, Slavoj 2000, *Contingency, Hegemony, Universality*, London/New York.
- Flügel-Martinsen, Oliver 2017, *Befragungen des Politischen*, Wiesbaden.
- Flügel-Martinsen, Oliver 2020, *Radikale Demokratietheorien zur Einführung*, Hamburg.
- Flügel-Martinsen, Oliver 2021, *Kritik der Gegenwart*, Bielefeld.

- Flügel-Martinsen, Oliver 2024, *Plurale Kritik*, Frankfurt a.M.
- Flügel-Martinsen, Oliver 2026, *Critical Political Theory*, Bielefeld.
- Habermas, Jürgen 1994, *Faktizität und Geltung*, Frankfurt a.M.
- Hegel, G.W.F. 1986a, *Phänomenologie des Geistes*, Werke 3, Frankfurt a.M.
- Hegel, G.W.F. 1986b, *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, Werke 7, Frankfurt a.M.
- Hegel, G.W.F. 1986c, *Vorlesungen zur Philosophie der Geschichte*, Werke 12, Frankfurt a.M.
- Lefort, Claude 2007, La dissolution des repères et l'enjeu démocratique, in: Ders., *Le temps présent*, Paris, 551–558.
- Marchart, Oliver 2019, Kontingenz/Grundlosigkeit, in: Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (Hg.) 2020, *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, 2. Aufl. Berlin, 572–575.
- Rancière, Jacques 2002, *Das Unvernehmen*, Frankfurt a.M.
- Rawls, John 2006, *Gerechtigkeit als Fairneß*, Frankfurt a.M.
- Rorty, Richard 1992, *Ironie, Kontingenz, Solidarität*, Frankfurt a.M.
- Rosanvallon, Pierre 2013, *Die Gesellschaft der Gleichen*, Hamburg.
- Rosanvallon, Pierre 2016, *Die gute Regierung*, Hamburg.